

Land springt bei US-Großprojekt in die Bresche

Vier Millionen Euro bei Bau des Ramsteiner Einkaufs- und Freizeitzentrums KMCC zwischenfinanziert

► RAMSTEIN/MAINZ (abb). Mit rund vier Millionen Euro hat das Land Rheinland-Pfalz einen finanziellen Engpass beim Bau des US-Einkaufs- und Freizeitzentrums auf der Air Base Ramstein überbrückt. Wie Finanzstaatssekretär Rüdiger Messal (SPD) auf RHEINPFALZ-Anfrage erklärte, diene das Geld dazu, Firmenrechnungen zu begleichen, die schon seit Monaten offen standen.

Das Kaiserslautern Military Community Center (KMCC) ist das derzeit größte Hochbauprojekt des US-Verteidigungsministeriums (wir berichteten zuletzt am 20. März). Mit rund 78.000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche entsteht ein zentrales Einkaufs- und Freizeitzentrum einschließlich eines großen Hotels. Genutzt werden soll es von im Südwesten Deutschlands stationierten US- und Nato-Soldaten. Auch Kurzurlauber aus Einsatzgebieten und den USA sollen nach Ramstein kommen. Das Projekt ist Teil des Air-Base-Ausbaus zum zentralen US-Frachtflughafen in Europa.

Im Auftrag des Bundes, der wiederum die Amerikaner vertritt, ist der rheinland-pfälzische Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) für das Vorzeigeprojekt verantwortlich. Mehr als 30 Verträge hat der LBB dazu mit deutschen Firmen geschlossen; auf einen Generalunternehmer wurde dem Staatssekretär zufolge auch deshalb verzichtet, weil die US-Planvorgaben nicht mit einem Generalunternehmen hätte verwirklicht werden können.

Der LBB steht aber zunehmend unter Druck: Zum einen wegen einer immensen Bauzeitverzögerung, zum anderen wegen ausstehender Zahlungen an beauftragte Firmen. So hat sich der für 2006 vorgesehene Eröffnungstermin immer weiter nach hinten verschoben; dass es 2007 klappt, ist sehr fraglich.



Wachsen mit dem Bau auch die Probleme in den Himmel?: das KMCC auf der Air Base Ramstein. — ARCHIVFOTO: VIEW

Seit Monaten tut sich auf der Baustelle wenig. Das liegt unter anderem am Geld, aber auch daran, dass wegen mangelhafter Dacharbeiten alle anderen Gewerke mehr oder weniger ruhen müssen; hinzu kommt die Reparatur an Bauteilen, die durch das eindringende Wasser beschädigt wurden. Über das schlechte Dach streiten sich LBB und die beauftragte Firma, die Insolvenz angemeldet hat. Die Arbeiten müssen neu ausgeschrieben werden – europaweit.

Wie für den LBB ist jedoch auch für das Mainzer Finanzministerium das komplizierte KMCC-Finanzierungsmodell das eigentliche Problem, verbunden mit einem laut Messal „sehr ehr-

geizigen Zeitplan“ der Amerikaner. Vier Geldgeber teilen sich die Kosten von rund 158 Millionen Euro: das US-Militär (26,4 Millionen), zwei Militärdienstleister (117,8) sowie die Partner im Verlegungsprogramm für Rhein-Main (13,8 Millionen Euro, vor allem für Außenanlagen). Dazu stehen insgesamt neun Geldtöpfe bereit. Je nachdem, um welche Gewerke es sich handelt, sind jedoch manche Geldquellen schon ausgeschöpft, wie der Staatssekretär bestätigte. Allein die Nachträge sollen eine Summe in zweistelliger Millionen-Höhe haben, von Mehrkosten durch Vandalismus, Diebstahl und vermutlich durch die Bauzeitverzöge-

rung insgesamt gar nicht zu reden.

In Gesprächen mit dem US-Militär habe das Land versucht, durch vorübergehende Umschichtungen in den einzelnen Töpfen die Situation zu verbessern, so der Staatssekretär. Das sei nach den US-Vorgaben aber nicht möglich. In der Konsequenz liefen die Arbeiten schleppend – ein Problem, das nicht der LBB, sondern die US-Seite in den Griff bekommen müsse.

Da sich die Firmen aber an den LBB hielten, sei das Land vor gut fünf Monaten einmal in die Bresche gesprungen. Messal zufolge handelte es sich um von deutscher und US-Seite geprüfte Rechnungen über vier Millio-

nen Euro, die trotzdem nicht bezahlt wurden. Die Firmen hätten daher gedroht, die Arbeit einzustellen. Mit Mitteln aus dem Liquiditätspool des Landes seien die Gelder daher zwischenfinanziert worden. Ein Risiko, auf den vier Millionen sitzen zu bleiben, habe wegen der bereits erfolgten Prüfung nie bestanden. Der Pool speist sich nach Angaben des Ministeriums aus kurzzeitigen Einlagen öffentlich-rechtlicher Institutionen zu den für das Land geltenden günstigen Zinskonditionen. Letztere gelten auch bei Entnahmen für den Schuldendienst.

Vorgänge jetzt Thema im Landtag

Das Problem der nur schleppend bearbeiteten Nachträge ist Messal zufolge mittlerweile gelöst. Wie berichtet, haben LBB und US-Militär ihr Personal jeweils verdoppelt. Dazu, wie es mit möglichen Mehrkosten aussieht und wer für diese aufkommen müsste, konnte der Staatssekretär nichts sagen: Das sei noch nicht absehbar. Demgegenüber hatte der LBB im März erklärt, trotz aller Unzulänglichkeiten nach wie vor im Gesamtbudget zu liegen. Die Bedeutung des KMCC-Projekts auch für die Zusammenarbeit der LBB-Niederlassung Kaiserslautern und des US-Militärs sieht der Finanzstaatssekretär aber durchaus: Alle vier bis sechs Wochen sei er auf der Baustelle, um durch seine Präsenz zu einer guten Kommunikation zwischen allen Beteiligten beizutragen.

Das US-Militär hat jetzt bekannt gegeben, sich derzeit nicht mehr zum KMCC äußern zu wollen. Die CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag hat das Projekt aufgrund der RHEINPFALZ-Berichterstattung vom 20. März zum Thema im Haupt- und Finanzausschuss gemacht. Dieser tagt am 3. Mai. —Einwurf